

Arbeiterstimme

Organ der KPD.

Sektion der Kom. Innern. (Bezirk Ost Sachsen)

Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Alstadt
Druckerei und Expedition: Güterbahnhofstraße 9
Sachsennummer 17959 • Postschlußtag: Am
Dresden Nummer 18558, Frau Schlegel

Beilagen: Der Rote Stern - Die Kommunistin - Der Kom. Gewerkschafter - Der Kom. Genossenschaft - Wirtschaft, Rundschau - Kunst und Wissen

Schriftleitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2
Druckerei: Am Dresden Nummer 17959 • Erhältlichkeit:
"Arbeiterstimme" Dresden - Geschäftsräume der Schriftleitung:
Wochentags nachmittags von 8-9 Uhr (außer Sonnabende;
Samstagabend 10-11 Uhr) und Sonntags 10-11 Uhr (außer Sonnabende;
Samstagabend 10-11 Uhr) und Sonntags 10-11 Uhr (außer Sonnabende;

Sahrg.

Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.
(monatlich 1 RM.) auch die Post bezogen monatlich 2 RM.
Vorbestellung auf Lieferung der Zeitung oder auf Abschaltung des
Bezugsabreises. • Gleichzeitig erhält man gratis eine Broschüre
der KPD.

Dresden

Sonntag, 30. Januar 1926

Anzeigenpreise:
Die neuromanisch gebildete Beobachtungszeitung über demen Raum 0,20 RM.
Der Familienanzeiger 0,20 RM., für die Zeitungsmagazin umfassend
an den breitgestreuten Zeitungen 1,20 RM. • Einzelne
Ausgabe kann weiter bis 10 Uhr nachmittags in der Redaktion

Nr. 25

Proletarier! Heraus zum Massenaufmarsch!

am Sonntag den 31. Januar 1926 vormittags 10 Uhr im Volkswohlsaal Leipziger Straße

Der morgige Sonntag ist der Auftagsmarschtag der gesamten werktätigen Bevölkerung. Er muß ein wuchtiger Aufmarsch zur Durchführung des Volksentscheides werden. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Erwerbslose, Hausfrauen! Gemeinsames Elend und gleiche Not muß Euch zusammenschmieden zum gemeinsamen Kampfe

gegen den Millardenraub der Fürsten
gegen das Erwerbslosenelend
gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung
gegen Betriebsstilllegung und Wirtschaftsanarchie
gegen die Regierung Heldt und ihren Landtag
gegen die reaktionäre Lutherregierung

für entschädigungslose Enteignung
für genügende Erwerbslosenunterstützung
für auskömmliche Löhne
für Verstaatlichung der Großbetriebe und
Banken unter Kontrolle der Arbeiter
für den Sturz der Lutherregierung

Nieder mit dem Fürstengesindel! Weg mit dem Kabinett der Reaktion! Her mit der Regierung
der Werktätigen! Her mit Arbeit und Brot! Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!

Zum Landesparteitag der KPD.

Der Landespartikontakt Sachsen der KPD schreibt uns:
Angesicht einer politisch und wirtschaftlich außergewöhnlichen Lage, die uns die ersten ernsthaften
Anstrengungen zur Bildung der Einheitsfront gebracht hat, und
auf der gewöhnlichen Massendemonstrationen, die das
Bürgertum und die proletarischen Kampfgruppen in
ihrem bestreben müssen die Entscheidungen des Landtags
der SPD für Sachsen, wie sie auch aus
mehreren ganz unmittelbaren Gründen nach sich
zieht, ist es nicht zur Entscheidung, ob angehören des noch
zu bildenden Millionenheeres der Arbeitslosen,
die von Woche zu Woche verschärftenden katastrophalen
Krisen, dem elenden Bantott der Bürgerknoten
einen Raubzug des Fürstengesindels und der
Reaktion zum Gegenstand zusammenfallenden Arbeiterschaft
in dem durchaus proletarischen Sachsen noch weiter
Anstrengungen einer großkonservativen Koalitionsregierung
den Rücken ließ.

Die linken Sozialdemokraten Sachens haben auf dies
Landesparteitag eine verstärkte überwälti
gende Mehrheit. Auf dieser Mehrheit und ihren
Kämpfen eine ungeheure Verantwortung. Verglichen
mit der linken Mehrheit und ihrer organisierten Macht
ist die gesamte Kraft für den Sturz der Koalitionsregie
lung. Für die Auflösung des Landtages einzutreten, dann
ist doch allein, was vorhergegangen ist, die härteste Ent
scheidung der linksgeführten Arbeiterschaften sich gegen
sie zu stellen. Die Bildung zahlreicher lokaler Einheitsfronten,
einer ungeheuren Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter,
Arbeiterinnen und Betriebsräte an den letzten Massendemon
strationen für Fürsteneinteilung, für Arbeit und Brot
ist deutlich genug den prolektarischen Einheitswillen
der SPD-Mitgliedschaft. Die Einladung der
großen Bezirksorganisation der KPD an die Be
zirksorganisation der KPD, zwecks Bildung eines gemein
samen Komitees zur Durchführung der Fürsteneinteilungs
aufklärung ist ein bemerkenswerter erster Schritt zum ge
meinsamen Handeln in konkreten Kampfsfragen. Der
Allianz für den einheitlichen Kampf beginnt sich durch
zurück.

Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deuts
chen Nationalen, beweisen täglich durch ihr Zeitungsgechrei,
ihren Schreien ihnen die werdende Einheitsfront des
Proletariats einjagt, welche Angst sie vor einer sofortigen
Landtagsauflösung haben. Die Bourgeoisie weiß, daß sie
im Kampf geschlagen und durch wirkliche Kämpfe auf
dem Boden der Einheitsfront besiegt werden wird. Die
Führung der gedingstigten Bourgeoisie sind die 28 Rechten
der Parteivorsitz. Schon jubeln die bürgerlichen
Parteien, daß die Parteivorsitzende Stahl und
Herr mit den 28 Rechten darin einig seien, daß in
ihnen kein ausreichender Grund zur Auflösung der Ko
alitionsregierung sei. Die SPD-Politik bestreitet zwar
deutlich, daß Staahl und Stelling schon vereinigt seien.

hatten, die Entscheidung des Parteivorsitzenden soll ange
hört noch ausstehen.

Die allgemeine Einstellung des SPD-Vorstandes ist
aber doch zu gut bekannt. Nur durch den höchsten Druck
wurde ihm der Eintritt in die Große Koalition mit Luther
unmöglich gemacht, wurde er zur Anerkennung der kom
munistischen Forderung auf entschädigungslose Fürsten
enteignung gebracht. Nach diesen zwei schweren politischen
Niederlagen, die der SPD-Vorstand schon teilweise durch
die Unterstützung der Luther-Regierung, die verkappte Koal
ition auszumessen verlor, ist er jetzt entschlossen, in
Sachsen sein altes Ansehen bei der Bourgeoisie wieder her
zustellen. In Sachsen will sich der SPD-Vorstand mit
den 28 Rechten durch Aufrechterhaltung der Großen Koal
ition vor der deutschen Bourgeoisie tragen. Das Fürstene
nteilungsaufklärungsspiel mehr als durchaus un
gefährig erweilen.

SPD-Arbeiter Sachsen! Arbeitendelegierte des Lan
desparteitags! Nur euer energisches, tüchtiges Auf
treten, nur die Mobilisierung des Mollenbruchs wird, wie
in der Frage der offenen Koalition im Reich und in der
Frage der Fürsteneinteilung, so auch jetzt bei eurer Auf
lösungsforderung den SPD-Vorstand zum Nachgeben
bringen. Unser letzter Auflösungsantrag im Landtag
wurde von den gesamten SPD-Organisationen zustimmend
aufgenommen. Zahlreiche SPD-Mitgliedschaften haben sich
selbst für die Landtagsauflösung energisch eingesetzt. Sun
damente vor Betrieben haben den Ruf nach Landtagsauflösung
höflich aufgenommen.

Links SPD-Arbeiter! Wir sprechen offen aus, daß
diese von euch noch die Frage bewegt, was nach der
Auflösung wird. Ihr alle fühlt, ohne es klar aus
zusprechen, daß nach einer Siegreichen Neuwahl wieder die
Regierungsfrage auf der Tagesordnung steht. Die KPD
hat erklärt, und wir wiederholen es nochmals ausdrücklich
in dieser Stunde, daß sie nach Ausschaltung der Rechten
bereit ist, die Bildung einer linkssozialistischen Minder
heitsregierung zu ermöglichen. Die KPD wird eine solche
Regierung in der roten, entschlossenen Durchführung
sozialer, proletarisch-politischer Maßnahmen und auch im
Kampfe gegen die Angriffe der bürgerlichen Parteien und
der Rechten nachdrücklich unterstützen.

Es liegt jetzt an euch! Bricht den Einfluß der Bour
geoisie und den Widerstand der 28 Rechten! Appelliert an
die Arbeiterschaft für eine gemeinsame Aktion gegen die
Große Koalition, für die Landtagsauflösung! Schreitet zur
Bildung von Einheitskomitees.

Weniger denn je kommt es heute und morgen auf
schöne, radikal fliegende Reden an, mehr denn je kommt
es an auf die wirkliche und rasche Durchführung ernster
Kampfbeschlüsse gegen die Bourgeoisie. Erinnert mit den
Massen die Landtagsauflösung und den Sturz der kapita
listischen Koalition! Voraus für die Einheitsfront des
Proletariats!

Die Stimme des Volkes!

Von Emil Reichold

Wir entnehmen diesen sehr beachtlichen Artikel aus
Nr. 4 der "Weltbühne" vom 26. Januar. (Die Rot.)

1. Mir ist die angenehme Aufgabe erweckt, in dem
Ausdruck zur Durchführung des Volksentscheids für ent
schädigungslose Enteignung der Fürsten zu wirken. Von
dem Augenblick an, wo der Ausschuk (Robert Kucznits
Ausschuk) die Richtlinien für seinen Gesetzentwurf bekannt
gab — am 7. Januar —, ergab sich in das Sekretariat eine
mehrere Hochslut vor Zuschriften. Hunderte waren es schon
in den ersten Tagen, Tausende sind es inzwischen geworden.
Endlose Listen mit Namenunterschriften sind den Kreisen
beigelegt.

Die Zustimmungsersklärungen erfolgen spontan. Keine
Organisation hat mitgewirkt. Dabei waren die Richtlinien
nur in einem verschwindenden Bruchteil der deutschen Presse
wiedergegeben worden — Pressefreiheit! Waren sie auch
nur von hundert oder gar von tausend deutschen Zeitungen
gebracht worden: der Ausschuk hätte die Fülle der Ein
gänge nicht bewältigen können, die Post hätte Hilfsträfe
gebraucht, um die Briefe in die Wilhelmstraße 48 zu be
fürden. Das Volk schlägt nicht. Nur seine Führer legen
Zeit an.

Und die Briefe laufen? Ach, lämen sie doch täglich in
dieser Zahl und in dieser erstaunlichen Fülle an die Vor
steckbüros, zu den Reichstagsfraktionen, in die Ab
satzstellen! Vielleicht würden sie gerade an diesen Stellen,
wo die Verbindung mit dem Leben erloschen erscheint, eine
Wähnung wahrnehmen können von dem, was wirklich im Volke
vor geht, vielleicht sogar einen Umsturz zum Bessern be
leidigen. Dieses Volk mag schwanken in seinen Stim
mungen; aber noch immer in der Geschichte hat es keine
Führer übertragen und übertragen.

Stürmisch brennt dieses Volk jetzt auf eine Abrechnung
mit dem „kommunistischen Westen“, wie es in einem Brief
an den Ausschuk heißt. Die Abrechnung wird kommen.
Und verdammt sei, wer vielen herrlichen Willen durchkreuzt,
den Aufmarsch der Millionen durch feiges Jagen ins
Bankett zu bringen verucht.

2. Ich bin eine 74jährige Frau, werde nicht mehr lange
leben und habe nur noch den einen Wunsch, mit denen ab
zurechnen, die uns in dieses Elend gestiftet haben.“ Die
Schreiberin war verängstigt, hat im Kriege den Sohn, nach
dem Kriege den Mann und das Geld verloren. Sie sitzt
jetzt in einem Altersheim und bekommt monatlich 25 Mark
aus der Rentenfürsorge. Alle Stiftsdamen, schreibt sie,
werden für die Enteignung der Fürsten stimmen. Leidens
gefährtinnen haben ihren Namen daneben gekritzelt.

Die Kriegswitwen. Sie rechnen ihre Renten vor und
formulieren also: Sobald wir erwachsene Söhne oder Töch
ter haben, wird unsere familiäre Rente gelöst — warum
gilt für die Fürsten nicht wenigstens dieser Grund? „
Schade, daß dieser Beitrag so lange unbehindert geblieben
ist. Macht endlich Schluss! Diese Käuferschande muß
entzogen werden.“

Oder unzählige Stimmen der durch Krieg und In
flation nur Hab und Gut gebrachten Rentner: „Auf keinen

Der Bankrott des Bürgerblods — gegen das Doppelpiel der SPÖ.

Gedanken des Gewaltsen im Reichstag vor der Abstimmung über die Auflösungsgesetzgebung.

Man hat es immer seit Luther als eine besondere Qualme angesehen, daß er uns aus dem Inflationseiland gerettet ist. Wir haben jetzt zwei Jahre Stabilisierung, und das ist toll. Wir haben jetzt zweier Zahlen: Stabilisierung ist größer als zuvor, die Krise ist schwerer als zuvor. Die Illusion des Stabilisierung ist verloren; aber der Realitätszettel, den die SPÖ heute reißen will, ist gebrochen. Es fehlt der Finanzminister der Erneuerungsgesetze, der Seidenkunst, der Mann, der mit seinen Steuererhöhungsberechnungen, mit seinem Beamtenhofbau, mit seiner Beleidigung des Aufstandes gegen Kapitalismus legen sollte. Er hat sich auch in diesem Sinn als nutzlos erwiesen. Politisch, wirtschaftlich und finanziell ist der Wiederaufbau gescheitert, den Luther mit dem Erneuerungsgesetz einleitete.

Auch der zweite Plan zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, die Hoffnung, daß man durch Hindernispumpen von Deutschenkapital die Wirtschaft wieder kräftig und lebendig machen könnte, ist gescheitert. Über 2 Milliarden hat man den Schatzkassen gezeichnet, trotzdem Pleite und Raukarre überall. Schlagwörter, doch Wahrarbeit, Überlebenden, Wehrkunst kann nicht leiten, haben keine Rettung bringen können. Der Lohnunterdrückungsgruß hat der deutscher Arbeiterschaft Elend, Sorgen und Traurigkeit gebracht, aber keine Rettung.

Unsere Eltern haben gekommen, 3½ Milliarden! Aber sie sind weiter nichts als Kampfparteien gewesen, durch die man den deutschen Körper etwas aufleben ließ, um nachher ein noch schlimmeres Schamamentum zu erleben. Sozialversicherungsgesetzten, Rentenplan, der Londoner Pakt, alles bei nichts genügt. Nachdem man ein Jahr auf Punkt geholt hatte, legte die Ministerialriege ein, die etwa Krise des Damensplans, eine Krise der Arbeitsmangel ist, ist allgemeinen ist.

Nachdem es ist möglich, daß dieser Kanzler in diesem Reichstag, nach einem Jahr eines jährlings Bankrotts, noch einmal um die Reizwunden bitten kann. Man glaubt es sogar, der Sozialminister zumutet zu können, daß sie für den Kanzler des Bürgerblods die Verantwortung übernimmt. Dabei bleibt alles so wie es steht beim Zustand, es bleibt bei der Steuererhöhung, es bleibt beim Aufmerksamkeitsatz.

Die ganze Größe des Bankrotts der Lutzenpolitik zeigt sich in dem Gebiet der Außenpolitik. Nicht ein einziger halbmillionärer Handelsvertrag konnte abgeschlossen werden. Man will schaffen, daß es uns besser gehen würde, wenn wir eine neue Handelspolitik haben. Nun, im Dezember haben wir sie, dann nicht dadurch, daß die deutsche Ausfuhr gestiegen ist, sondern, daß die Einfuhr noch viel schneller als die Ausfuhr ins Lande der breiten Massen, die nichts mehr kaufen können, verhängungen ist. Richtig ist geblieben als zerfallene Japanen, enttäuschte Hoffnungen und nicht erfüllte Erwartungen.

Es ist so schrecklich aus, mit der Socarnapoleit gegangen. Wenn die heile Socarnapoleit, die SPÖ, sagt nicht mehr, daß sie keinem Russen blöder eingetreten ist, da wir wirtschaftlichen Konkurrenz, die man angekündigt hat, spürt kein Mensch, dann ist im Grunde, immer neue Hochschulabschließungen drohen der heutige Weltmarkt.

Luther und Hindenburg haben diesen Vertrag unterschrieben, der Kanzler ist ein Bankrott des Hindenburg-Schlesien-Bürgerblods hat sich gespalten, der Kutter — ist in Rüten, der Kutter der beiden kann, ist die Sozialdemokratie. Wir hoffen, daß die SPÖ, in sich geht und begreift, daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise, auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen, auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir kann nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen. Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde. Sie haben den Tod der Kutter in der Frage der Großen Koalition und in der Frage der Wirtschaftsabfindung aufgewiesen. Die Meinung der Männer ist auch gegen die Lutzenregierung, deren menschlichester Kanzler die SPÖ, läßt oft genug benutzt hat.

Was soll werden, wenn Luther nicht die Macht hat in diesem Reichstag belassen? Das Diktatorgerede geht wieder um das der Männer, Luther, Marx, Stresemann und Braun und so weiter, bis jetzt einmal Diktator und Stärkungsgesetz gegeben haben, welche die Gefahr einer erneuten Diktatur bedeuten. Dann einmal hat die Sozialdemokratie dieser Gruppe von Männern die Macht gegeben. Wenn durch ihre Stimmabstimmung diese Regierung jetzt bleibt, dann gilt man ihr wieder die Möglichkeit zu einer solchen Diktatorperiode, die gefürchtet wird, und das Stend mithindest so groß wie 1923 ist. Wir erkennen daran, daß die Regierung die Männer in sich läßt, unter ihnen Bildung die Mordkriminelle der Schmarotzen Reichswehr und der Feuerlöscher in Deutschland aufgestellt ist. Die Sozialdemokratie weiß die Einlösung des Feuerlöscherabkommen verzweigt ist, möglicherweise, daß man eine Regierung nicht sagen kann, die bestreite Dinge erzählen hat.

Man hat für die künftige Tätigkeit der Lutzenregierung viele Hoffnungen aufgestellt. Man hat meckern müssen, daß die Regierung die Wirtschaft von den Steuerlasten befreien will, um sie zu einer Erholung durch die Rationalisierung kommen zu lassen. Die Rationalisierung ist ein Bluff, weiter nichts. Rationalisierung ist ein Prozeß von Jahrzehnten, und was liegt, als die diese Art mit der Rationalisierung leben könne, der will höchst die Beschleunigung erreichen. Die Rationalisierung ist in Konkurrenz zu 20 bis 40 Jahren gewachsen. Wer ihre Durchführung in kurzer Zeit jetzt als Ausweg hinstellt, gebraucht den großen Schwund, wie mit der Stabilisierung der Mark, dem Schwund des Damengutachtens, dem Schwund von Socarnapoleit. Unzählige Beispiele beweisen es, daß diese Regierung aus, die Regierung der Lutzenherabsetzung. Und wenn sie Steuererhöhung ankündigt, so stützt das von einer Regierung, die nach den Sozialabständen des Bürgerblods läßt, 10 Millionen Steuern aus der deutschen Wirtschaft herausgeholt hat, einschließlich sozialer. Das Aufklagungsrecht der Gemeinden und Ländereien, das außerdem angekündigt worden ist, bedeutet nicht Steuererhöhung, sondern neue Steuererhöhung.

Die Regierungsmehrheit steht auf schwachen Füßen. Durch die Stelle geht das Gerücht von der Auflösung des Reichstages bei Abstimmung des Vertrauensantrags. Die Vorabberichtung, die die Sozialdemokratie übernehmen würde, wenn noch größer, noch schwerer werden, denn in diesem Augenblick würden es sich heraus handeln, daß sie die Auflösung des Reichstages vom 1. Dezember verhindert. Es ist sicher, daß die Parteien, die von Lutzen gegen diese Regierung Opposition machen, einen Aufschwung nehmen werden. Bei dieser Wahl liegen auf der Auflösungsfahrt der Bürgerblod, und wer läßt mit ihnen einzieht, der

läßt sich mit auf die Auflösungsfahrt. Die Stunde der Abschaffung ist da. Die Deutschenparteien sitzen schon aus Angst vor der Auflösung und wollen Hindenburg auf einmal mit verfassungsgeschäftlichen Bedenken an einem solchen Schritt verhindern. Und vor dem 27. Januar die Wahlen demokratischen im ganzen Reich geschoben hat, die gewöhnlich waren als sie, her aus Angst.

Jetzt ist das richtige Augenblick, um die massenhafte Auflösung zu schlagen, jetzt, wo sie Angst hat, und wenn es nicht anders ist, in einem Wahlgang neben dem Wahlgang der SPÖ. Der Regierung läuft, läuft den Bürgerblod ab, und mit dem Wahlgang der Nationalen, Auflösung ist das Gebot der Stunde!

Erstes gemeinsames Bezirks-Einheitskomitee

SPD, KPD, und ADGB.

Chemnitz, 28. Januar (Eig. Ber.) Der sozialdemokratische Bezirksteilbund 3 will zuerst an die Bezirksleitung Erzgebiger Wald ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

"Nachdem die Behandlung der Parteien unter Vermitlung des ADGB und beim Ausschuß zur Durchführung des Wohlfahrtsdeals zur Bekämpfung des bereits notwendlichen Gesetzentwurfes zur Enteignung der Bürgerblodunternehmen geführt haben, schlägt der Bezirksvorstand der SPD vor, einen gemeinsamen Ausschuß einzurichten, der sich zusammenzusetzen soll aus je zwei Vertretern der KPD, der SPD, dem ADGB und einem Vertreter des Kanzler-Ausschusses. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, werden wir die Sitzung zur Besprechung der mit dem Wohlfahrtsdeals usw. zusammenhängenden Fragen auf Montag, 1. Februar ab 10 Uhr, nach dem Wahlgang „Wahlkreis Luther“ in Zwickau, Leipziger Straße 21, und bitten wir Sie, Ihnen die unserm Vortrag zuzuhören, damit alle Vertreter der Bezirksleitung zu erscheinen."

Während die Führer der SPÖ, überall verlufen, das Zusammenkommen von Einheitskomitees bei der Durchführung des Wohlfahrtsdeals zu verhindern, und während sogar die Chemnitzer Volksstimme sich an dieser Hecke herumtreppend beteiligt, hat die Sitzung des sozialdemokratischen Bezirksteils Zwischen einer andere Sitzung eingerichtet. Im Zwickauer Saal wird es daher zu einem gemeinsamen Bezirks-Einheitskomitee kommen.

Dieser sozialistische Schritt zur Bekämpfung der Einheitsfront in der Frage der Wohlfahrtsabfindung zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern im ganzen Reich den Weg zur Vereinigung, die Sitzung des sozialdemokratischen Bezirksteils Zwischen wird eine andere Sitzung eingerichtet. Im Zwickauer Saal wird es daher zu einem gemeinsamen Bezirks-Einheitskomitee kommen.

Die sozialistische Sitzung zur Bekämpfung der Einheitsfront in der Frage der Wohlfahrtsabfindung zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern im ganzen Reich den Weg zur Vereinigung, die Sitzung des sozialdemokratischen Bezirksteils Zwischen wird eine andere Sitzung eingerichtet. Im Zwickauer Saal wird es daher zu einem gemeinsamen Bezirks-Einheitskomitee kommen.

Berlin, 28. Januar (Eigener Druckbericht) Der "Borsig" nimmt heute Stellung gegen die in verschiedenen Unternehmen und Orten gebildeten Einheitskomitees und gegen die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter daran. Er beschreibt, die Sitzungseröffnung wäre Sache der beteiligten Parteien und nicht der Betriebe und schreibt: „Unsere Gewalten, die Sie herein

gegenüberstellen.“

Der SPÖ-Parteivorstand gegen die Einheitskomitees

Berlin, 28. Januar (Eigener Druckbericht) Der "Borsig" nimmt heute Stellung gegen die in verschiedenen Unternehmen und Orten gebildeten Einheitskomitees und gegen die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter daran. Er beschreibt, die Sitzungseröffnung wäre Sache der beteiligten Parteien und nicht der Betriebe und schreibt: „Unsere Gewalten, die Sie herein

gegenüberstellen.“

Ja, es ist so schrecklich aus, mit der Socarnapoleit gegangen.

Wenn die heile Socarnapoleit, die SPÖ, sagt nicht mehr,

daß sie keinem Russen blöder eingetreten ist, da wir wirtschaftlichen Konkurrenz,

die man angekündigt hat, spürt kein Mensch,

dann ist im Grunde, immer neue Hochschulabschließungen drohen der heutige Weltmarkt.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Eine Auswärtigkeitspolitik ist unerträglich. Wir werden die Sozialdemokratie in letzter Stunde.

Wir hoffen, daß die Männer in sich geht und begreift,

daß es unmöglich ist, auf einer Seite mit den Kommunisten einflüglerungsweise,

auf der anderen Seite mit den Faschisten machen zu wollen,

auf der einen Seite aber eine Regierung für Wirtschaftsabfindungen zu unterstützen.

Wir können nicht den Kapitalunterfang erlösen und das Wohlbefinden der Arbeiter durchführen wollen, wenn man Luther und Kutter küßt, die das Wohlwollen der Abkommen erst nach England, Belgien und Frankreich, also niemals unterschreiben wollen.

Aus den Gewerkschaften

Warum ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress?

In der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1926 ist die Zahl der Gewerkschaften weiter gestiegen. Massenauflösungen und Auflösungen haben zugenommen. Die Nationalisierung der Wirtschaft, die Reduzierung des Produktionsapparats durch "Abbruch" und Anpassung an die Möglichkeiten der Produktion geht weiter. Die Umstellung der Industrie durch "Amerikanisierung der Produktionsmethoden" wird unermüdlich durchgeführt. Die Leidtragenden und Opfer dieser kapitalistischen Rationalisierung sind Millionen Arbeiter und Angestellte, die hungernd auf der Straße liegen. Gedächtnislos, mit brutaler Offenheit wird in der Kapitulationskette zugegeben, daß ein Teil des Produktionsapparats abgebrochen und die Massenarbeitslosigkeit auch in Deutschland zu einem Dauerzustand werden muß, wenn die Wirtschaft "gefunden" d. h. hohe Profite für die Großkapitalisten abwerfen soll.

Um die Profite zu steigern, gehen die Unternehmer zu den diktatorischen Ausbeutungsmethoden über. In den sozialen Betrieben werden die Arbeiter vor die Alternativen gestellt, entweder 20, 30 oder mehr Prozent billiger zu arbeiten und Überstunden zu leisten, oder entlassen zu werden. Die Tarifverträge werden von den Unternehmen missbraucht. Sind die Belegschaften bereit, zu Hungerstreiken zu schließen, dann sind plötzlich genügend Aufträge vorhanden. Beugen sie sich dem Unternehmertrotz nicht, so wird der Betrieb stillgelegt.

Die Unternehmerverbände kündigen die Lohnabkommen und Tarifverträge, drohen mit Aussperrungen, fordern in Denkschriften von der Lutherregierung Verbot von Lohnabschöpfungen und Streiks, Abbau der Sozialpolitik und noch der Wirtschaftsdiktatur. Die staatlichen Schlichter liegen im Dienst der Kapitalisten und sorgen Schiedssprüche, die den Lohnabbau funktionieren.

Während auf der einen Seite sich die Krise katastrophal verläuft und das Elend der Gewerkschafts- und Autarkiearbeit zeitweise zunimmt, werden auf der anderen Seite die Sozialgeschäfte günstiger, die Aktienkurse steigen, die Profite und Dividenden wachsen. Wenn noch jemand zweifelt, daß die Folgen der Krise und die Kosten der Nationalisierung der Wirtschaft nur von der werktägigen Krise getragen werden, dem müssen diese Tatsachen die Augen öffnen.

Was nun aber die Gewerkschaften als mächtige, große Massenorganisation des Proletariats in dieser Situation, die zum energischen Handeln auffordert? Angefischt der unsichtbaren Lohnreduzierungen und Überstundenarbeit vorhalten sich die Gewerkschaftsführer passiv. Sie versuchen die Arbeiter zu verzögern oder empfehlen ihnen, mit den Unternehmen sich auf einen Kompromiß einzulassen. Wenn es sonst anders geht, so genehmigen sie vielleicht noch den Betrieb in einzelnen Fabriken und lassen die Belegschaften arbeiten. Die Gewerkschaftsführer erläutern nämlich, daß es nur in Zeiten guter Konjunktur Lohnkürze führen können. In Krisenzeiten lasse sich nichts machen. Überhaupt können es auch die günstigen Zeiten nicht im Interesse der Gewerkschaften aus, sondern jämmerlichen Kompromissen und Scheinlösungen zu und weichen Massenkämpfen aus.

Eine andere arbeitsgemeinschaftliche Taktik, die von den reaktionären Gewerkschaftsführern angewandt wird, besteht darin, daß die einzelnen Verbände, die Bezirkskonferenzen des ADGB und der Bundesvorstand des ADGB selbst Petitionen und Deutscheren an die Regierungen und Parlamente richten.

Ohne Mobilisierung der Massen und ernsthafsten Kampf der Gewerkschaften wird auf diesem Wege nichts erreicht. Was ist zu tun? Was müssen die Arbeiter in den Gewerkschaften fordern? In Rheinland-Westfalen und im Ruhrgebiet wurde in vielen Gewerkschaftsversammlungen, Ortsversammlungen, Betriebs- und Erwerbslosenversammlungen die Bildung einer Gewerkschaftskonferenz des ADGB für das Rhein- und Ruhrgebiet verlangt. Ein ganz richtiges Gebenste. Diese Gewerkschaftskonferenz soll unter Hinzuziehung der Betriebsräte zu den brennenden Tagessproblemen und den am 1. März ablaufenden Tarifvertragsstellung nehmen und einheitliches Vorgehen aller Verbände beschließen. Dadurch soll zugleich die ganze in den Gewerkschaften vorherrschende Macht des Bezirks konzentriert werden zum Kampf gegen die Kapitalsoffensive. Wie in den einzelnen Bezirken Gewerkschaftskonferenzen, so ist für das ganze Reich ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress dringend notwendig. Dieser Kongress müßte sich eingehend mit der letzten Lage, in der sich die Arbeiterschaft befindet, beschäftigen und einen Ausweg zeigen. Die Aufgabe dieses Kongresses kann nicht darin bestehen, Referate und Diskussionen über "Wirtschaftsdemokratie" und "Nationalisierung" der Produktion anzuhören, wie das in Breslau geschehen ist.

Der Gewerkschaftskongress müßte ein proletarisches Kampfprogramm schaffen, das als wichtigste Forderungen annehmen müßte:

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent,

Verhinderung von Arbeitslosigkeit durch Bauen von Wohnungen,

Verlehrseinrichtungen usw. zu Tariflöhnen,

Wiedereinführung des 8-Stundentages,

Hebung des Reallohnes und damit der Kaufkraft der arbeitenden Massen,

Brüderung aller Betriebsstilllegungen durch von Gewerkschaften und Betriebsräten gebildete Kommissionen,

Verstaatlichung von Betrieben, wenn Unternehmer sich weigern, Betriebe fortzuführen,

Gemeinschaft von Staatskrediten unter der Bedingung der Staatsbeteiligung und der Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Dieser Gewerkschaftskongress müßte gegenüber der Regierung und dem Unternehmertum den ersten, zur Tat gezwungenen Kampfwille der Gewerkschaften mit aller Schärfe Gewerkschaften zum Ausdruck bringen. So wie die englischen Gewerkschaften am "Roten Freitag" gegenüber dem Kapital und der Regierung kämpferebereit aufgetreten sind, so müssen auch endlich die deutschen Gewerkschaften ultimativ zeigen, die imstande ist, wirklich den Kampf zu führen für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterschaft.

Der Volksentscheid und die Aufgaben der Gewerkschaften

Durch den starken Willen der Massen ist zwischen den Versammlungen der SPD, KPD und des ADGB ein gemeinsames Vorgehen zur Durchführung des Volksentscheides erreicht worden. Dieser Schritt wurde von den Arbeitern, Angestellten und allen proletarischen Schichten, die für die Enteignung der Güter sind, freudig begrüßt. In vielen Städten des Reiches sind Einheitskomitees, bestehend aus Vertretern der KPD, SPD, der Gewerkschaften und anderen Organisationen, zur Durchführung des Volksentscheides entstanden. Heute werden sich in vielen Orten die Ortsausschüsse, den Einheitskomitees beitreten.

Die Arbeiterschaft muß sich aber darüber vollkommen klar sein, daß die Austragung von vier Millionen Stimmen für das Volksbegehren und 20 Millionen Stimmen für den Volksentscheid eine sehr schwierige Aufgabe ist. Soll der Gegenwurf verwirkt werden, bedarf es der größten Anstrengungen des gesamten Proletariats und aller Arbeitergenerationen.

Vor allem müssen sie, die Gewerkschaften in engster Zusammenarbeit mit den beiden politischen Parteien, mit ihrem gesamten organisatorischen Apparat und ihrer gesamten Presse für die Durchführung des Volksentscheides eintragen. In allen Gewerkschaftsversammlungen und Funktionärsitzungen muß von den Verbandsleitungen auf die Aktion für die Enteignung der Güter aufmerksam gemacht werden.

Alle Ortsausschüsse des ADGB müssen sich den stellvertretenden Einheitskomitees für den Volksentscheid anschließen. Der Widerstand reformistischer Gewerkschaftsführer, die sich gegen den Eintritt der Ortsausschüsse in die Einheitskomitees sträuben, muß von den Mitgliedern gebrochen werden. Es ist geboten, daß besonders die Gewerkschaften aus ihrer Passivität herausbrechen und offen die Bewegung für den Volksentscheid unterstützen.

Die Mission des ADGB ist absolut nicht beendet mit seiner Vermittlerrolle. Der ADGB hat die Pflicht, alle Ortsausschüsse anzuweisen, daß sie mit allen Energie und durch Eintritt in die Einheitskomitees die Aktion gegen die Güterenteignung fördern. Vor allem muß die gesamte Gewerkschaftswelt zum Volksentscheid bringen. Auf diese Weise können Millionenstimmen von der Richtigkeit des Volksentscheides überzeugt werden.

Schon regen sich die gegnerischen Kräfte und legen ihre Pläne gegen den Volksentscheid. Die Regierungsparteien einschließlich der Demokraten und die Deutschnationalen suchen die schamlose Aktion für die Güterenteignung zu durchkreuzen. Das Verlangen nach einem "Sondergericht" und das Versuch einer angemessenen Abbindung der Güter soll die Massen verirren. Das darf unter keinen Umständen geschehen. Deshalb heißt es jetzt: Alle Mann an Bord! Die Gewerkschaften, besonders die Ortsausschüsse haben die Pflicht, in allen Orten den Einheitskomitees beizutreten und mit allen ihnen zur Erfolgung nehmenden Mitteln der Aktion für den Volksentscheid zum Erfolg zu verhelfen.

Bauarbeiter als Streitbrecher

Vom Deutschen Bauernverband, Baugewerkschaft Pirna, wird uns berichtet:

In einer am 25. Januar stattgefundenen Bauarbeiterversammlung der Alttürkischen Bauarbeiter wurde der gegenwärtige Stand der Sperrung einer nochmaligen eingehenden Ausprache untersogen. Die Ausprache war, abgesehen von einigen Ausnahmen, eine äußerst sachliche und dem Ernst der Situation angepaßt.

Doch in einer Zeit, wo auch dem kleinen endlich klar sein möchte, daß der berüchtigte Preisabbau teiligen Angeklagten keine Auswirkung nur noch in einem allgemeinen Lohnabbau findet, bei einschlägigen Gehalten finden, die für zu jedem Hundert als Arbeitswillige der getreuen Firmen angedeutet, erreichte den gora besondere Unwillen des Anwesenden. Welche Bedeutung die hierige Bauarbeiterchaft diesem Klitterischen Einzelfall verleiht, ergibt sich daraus, daß gerade diese Betriebsräte der Firma Küttner als Allgemeinsache der gesamten Bauarbeiterchaft im Bezirk Pirna betrachtet wird. Die Tatsache, daß sich unter den gegebenen Verhältnissen noch Mauerer finden, die ihr gegenwärtiges Arbeitsverhältnis aufgeben, um nur wieder in dieses Klitterische Dorado zu kommen, lösste man einfach nicht für möglich halten — findet aber leider seine traurige Bestätigung. Mit solchen nützlichen Elementen zur Hand sieht auch der südlichste Unternehmer seine läufigen Hoffnungen erfüllt, und er kann unbehindert auch das gewagte Lohnabbauprogramm durchführen.

Das Ergebnis der Ausprache war dem Geist der Versammlung angepaßt. Für Baugewerber besteht die Sperrung weiter. Alle dort Arbeitenden werden als Streitbrecher betrachtet und demontiert behandelt. Da die Vermutung besteht, daß einzelne dieser Arbeitswilligen versuchen werden, sich in einem anderen Verband hinzugetreten, so sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß gegen die unten aufgeführten das Ausklappverfahren eingeführt ist und Uebertritte ohne regulierte Abmeldung unzulässig sind. In Frage kommen: Richard Hengel aus Struppen, Martin Heilmann aus Raudorf, Emil Gräßig aus Raudorf, Emil Neuhof aus Coswig, Georg Richter aus Struppen, Paul Lautsch aus Stolp, Meilen, ? Haupt aus Dresden, Alwin Berthold aus Liebethal, Hermann Richter aus Raudorf, Franz Goulnic aus Pöhlitz, Ernst Richter aus Raudorf und Hermann Winkler aus Zehlitz. Als arbeitswillige Hilfsarbeiter kommen hinzu: Gustav Richter aus Seidenitz, Otto Dettel aus Pirna und Otto Grunz aus Coswig.

Wir bitten die Gewerkschaftsvorstände, diesen Gegenstand ganz besonders beachten zu wollen.

Bom Unternehmer herausgeworfen!

Aus Adolfshütte bei Bautzen wird uns berichtet. Am Anfang dieses Monats war für die Adolfshütte bei Bautzen in der Werkstattlinie eine Betriebsversammlung einberufen, in der der Jahrestreffen der Fabrikarbeiterverbände Bautzen, Jeremias, anwesend war und der Belegschaft sein Leid darüber klage, welche Maßnahmen er vor der Direktion und den Betriebsleitung bekommen hat. Jeremias sollte auf Antrag einer Arbeiterkuppe bei der Herstellung neuer Altstadtbäume mitwirken. Da sich jedoch Jeremias als Vorstandsmächtiger der Jahrestreffen des Fabrikarbeiterverbandes mit den modernen Ausbeutung, wie sie von der Betriebsleitung eingeführt werden sollte, nicht einverstanden erklärte, nonnte ihn der Betriebsleiter zu einer Aufstellung. Der Betriebsleiter fühlte sich wieder einmal als Gott im Hause, töte und bellte wie ein Stier, wenn er ein rotes Tuch sah. Schließlich forderte er den Betriebsleiter, den Betriebsarbeiterverband auf, das Werk sofort zu verlassen und nicht wieder zu betreten. Jeremias folgte der Aufforderung, wie breit das Unternehmen vorstehe, wenn seine heiligsten Profitinteressen in Gefahr geraten. Als in den

Stimmenlagen die Belegschaft bereit war, sich ein besseres Leben zu erkämpfen und diese Herrschaft zum Teufel zu jagen, verließ die Hütte, den Betriebsmächtigen mit dem Auto aus Bautzen zu holen, damit er die Belegschaft „zu Ruhe bringe“. Kollegen der Adolfshütte jetzt glaubt die Direktion den blutigen Unternehmerkampf durchsehen zu können und die Arbeit leichter über's Ohr zu haben, wenn ihre Betriebe nicht anwenden sind. Die Kollegen der Adolfshütte müssen aus diesem Vorgang lernen, von ihren Gewerkschaftsvertretern die zügliche Vertretung ihrer Interessen zu verlangen und durch festen Zusammenschluß in ihrer Organisation den Unternehmern ihre Abwehrkraft entgegenlegen. Die Herrschaften sollen sehen, daß die Arbeiterschaft auf dem Boden ist. Ein zweites Mal wird ein 23 nicht wieder so lang und langsam vorübergehen.

Sozialdemokraten und kommunistische Zellenarbeit

Aus Seiffenwersdorf wird uns von einigen Genossen berichtet: Unter Bezugnahme auf den Artikel der "Löbauer Volkszeitung" in der Dienstag-Ausgabe: "Gewerkschaftliche Erfolge im Holzarbeiter-Verband in Seiffenwersdorf" lehnen wir uns gebürgt, folgendes zu erwidern: Es ist richtig, die Erfolge waren nur zu verzeichnen durch eine intensive Zellenarbeit. Der Verleger des "Löbauer Volkszeitung", der das bestätigt, stellt uns damit ungewollt ein Lob aus. Wir raten den übrigen Ortsgruppen der KPD im Bezirk und Unterbezirk, uns auf diesem Wege zu folgen. Wie die praktische Arbeit unserer Genossen in den Gewerkschaften aussieht, zeigt das Organisationsverhältnis bei den Schuhmachern und Holzarbeitern, bei denen fast 100 Prozent organisiert sind, im Gegensatz zum Textil- und Tabakarbeiter-Verband, in dem zur Zeit keine Kommunisten sitzen. Die praktische Arbeit der Reformisten ist nur allzu leicht belangt, als daß wir darüber noch zu schreiben brauchen. Wir können die Schmerzen des Verlegerkaders der "Löbauer Volkszeitung" gut verstehen, denn an einer kommunistischen Ortsausschuß ist nun nicht mehr zu denken. Der Artikel der "Löbauer Volkszeitung" wird uns ein Unheil sein, weiter auf diesem Wege zu schreien und intensive Arbeit zu leisten, die Gewerkschaften zu den Organen des Klassenkampfes zu machen.

Achtung! Oppositionelle Gewerkschaftler

Metallarbeiterverband, Zahlstelle Meißen

Dienstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr Hauptversammlung.

Sonntag, den 30. Januar, abends 7 Uhr Versammlung der oppositionellen Metallarbeiter in Stadt Magdeburg.

Kommunistische Holzarbeiter. Dienstag, den 2. Februar, abends 7.30 Uhr wichtige Gewerkschaftsbesprechung im Rathaus "Neue Post". Am See.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Am Mittwoch, den 3. Februar, nachm. 5.30 Uhr findet im Volkshaus, großer Saal, die Generalsammlung des Holzarbeiter-Verbandes statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1925; 2. Neuwahlen; 3. Beschlusstafel über eine Sonderunterstützung an die ausgesteuerten Kollegen aus Mitteln der Volksloge; 4. Verdankungsangelegenheiten. Jeder Kollege des Holzarbeiter-Verbandes muß in dieser Versammlung vertreten sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Dresden. Arbeitsschlösser und Ausleger des DMV. Montag, 1. Februar, vor 9 Uhr im Volkshaus, Altenbergsstr. 2, großer Saal, Versammlung. Tagesordnung: 1. Der Angriff der Unternehmer auf niedrige Löhne und Arbeitsbedingungen; 2. Gewerkschaftliches. Anhören der Wichtigkeit der Tagesordnung steht zahlreichem Besuch entgegen.

Letzte Telegramme

Vor einem schweren Konflikt im englischen Kohlenbergbau

London, 28. Januar. (Teleunion) Wie Schaefer Telegraph berichtet, ist man in außerhalb der Gewerkschaften liegenden Kreisen der Bergarbeiterchaft der Ansicht, daß der Ablauf der Kohlenindustrie im April eine Krise sein werde, die sehr ernsthafte und schwerwiegende Probleme in der Wirtschaft aufwerfen werde. Sollte es zu einem Lohnkampf kommen, so besteht, wie die Telegraphen-Union aus guterer Sicherheit weiß, für die Bergarbeiterchaft die Ansicht, daß sie bei ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen sich nicht nur auf die Hilfe der Arbeiter, sondern auch auf die Sympathie weiter Kreise des Bürgertums hoffen könnte.

Die Rheinlandbesetzung 60 000 Mann

Paris, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht) Nach einer Generalmeldung soll in der Unterhaltung zwischen Brundt und Chambord eine Einigung in bezug auf die Besetzungsstreitigkeiten des Rheinlandes zutande gekommen sein. Die Höhe dieser Truppen soll auf 60 000 Mann beschränkt werden.

Berichtskreis in Wörishau

Wörishau, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht) Das Personal der Wörishauer elektrischen Straßenbahn ist in den Streik getreten. Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind bereit, in den Solidaritätsstreik zu treten. Seit zwei Tagen stehen sämtliche Telefonlinien im Streik. Sie halten sich ständig im Fernsprechamt auf, in das sie keinen Fremden lassen. Wahrscheinlich wird die Polizei gegen sie eingreifen. Arbeitminister in Polen ist der Sozialdemokrat Ziemienski.

Eine Bauausstellung in Mostau

Mostau, 29. Januar. (Teleunion) Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat das Baukomitee des Stadtrates in Mostau beschlossen, das Angebot der deutschen Architektengesellschaft, eine Bauausstellung in Mostau zu eröffnen, anzunehmen.

Die japanische Kabinettbildung

Tokio, 29. Januar. (Teleunion) Dem bisherigen Innensenminister Matsukata ist die Rekonstruktion des Kabinetts gelungen. Die alten Minister haben sich ihm wieder zur Verfügung gestellt. Der neue Ministerpräsident wird das Innere nicht beibehalten.

Die Niagarafälle eingestaut

Newark, 29. Januar. (Teleunion) Die Fälle in Amerika sind überwogen geblieben, daß die Niagarafälle eingestaut sind.



Sächsische Spielvereinigung in Arbeiter-Turn- und Sport-Bund Entscheidung um die Fußball-Kreismeisterschaft **DSV 10 - Leipzig-Stötteritz**

Sonntag, 31. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der Ilgen-Kampfbahn, Dresden, Lennéstraße

Theater am Wasaplatz

Allabendlich 8 Uhr:

Das Glücksmädel!

Ein fröhliches Spiel mit Musik in 2 Akten von Lehmann u. Schwarz. — Musik von Schwarz.

Sonntag ab 1/2 Uhr nachm.

Wie Klein-Eise das Christkind suchen ging!

Weltbestechen von Th. Lehmann-Hause

Mit Musik von Schwarz

Tymians **Täglich**

Thalia- **8 Uhr**

Das einzige wirkliche **Theater**

Volkstheater Dresdens

Vorverkauf außer Sonntags gültig

Wo

Ist Schmidt Paul?
genannt der Steife
Im Ellengarten, Ellengasse 25
Jeden Sonntag ab 11 bis 1 Uhr
Frühstückskonzert

• Elysium Räcknitz •

Endstation Linie 6
Jeden Sonntag, ab 4 Uhr

Große Ballfeste!

Seal einige Sonntage frei

SARRASANI

Obertrumpft
London
Paris
Berlin
mit seiner

SOHAU der SCHÖNHEIT

31 Chrs. Engel Hans Sarrasani
Kostüme M. Montebello Chorographien
Hans Löhrer, Berlin:
Fosca-Fosca
vom Ballett Pawlowa, New York

Kabarett Biedermeyer

Schlossgasse 3 (Nahe Altmarkt)
Täglich 7 1/2 Uhr abends.
Das große Januar-Programm

Was ist Keweco?

Bestellschein

Nennst du mich ab _____

„Arbeiterstimme“

Organ der sozialistischen Partei, Bezirk Orlamünde

Vor- und Nachname: _____

Wohnung: _____

Zurzeit: _____

Zeitung: _____

Sonder-Verkaufstage

Bis 40 Prozent Kassenrabatt in Herren- und Knaben-Konfektion, auch Schuhe

Neustädter Konfektionshaus

Dresden-N., Görlitzer Straße 4 (am Tymian-Thalia-Theater)

Spezialität: Altdutsche und Wiener Würstel
empfiehlt Erich Wehner, Birna a. d. Elbe

Sparkasse

versetzt Spareinlagen bei kurzfristiger Kündigung

mit 8 Prozent

bei 6-monatl. Kündigung

mit 10 Prozent

auf 3 Jahre unklarbar

mit 12 Prozent

Konsumverein Vorwärts

Sporthaus Kändler

Dresden-A. I., Freiberger Str.
Telefon 14581 1111 August 1924

Spezial-Geschäft für künstliche Sportartikel.
Alle Reparaturen schnell u. fachmännisch.

Fußball Boxen Leichtathletik

Tennis Sportfiguren

„Bürgerkasino“

Große Brüdergasse 25

Täglich Anfang 4 1/2 Uhr

Konzert- und Varieté-Vorstellung

Beste Biere und Küche

Volkstümliche Preise

Veranstaltungen - Lokal verschiedene Versammlungen

Wettbewerbe - Tanzsaal

Photographische Anstalt

Emil Winzer & Sohn

Freital-Potschappel

gegenüber vom Goldenen Löwen

Günstige Spargelegenheit

bei zeitgemäßer Verzinsung bietet wir

durch spezielle Führung von Sparkonten

6 Prozent bei täglicher Verfügung und 8 Prozent bei monatlicher Kündigung

Für grössere Einlagen und längere Kündigungsfristen Sondervereinbarungen

Freitaler Kredit-Bank A.G. und Girozentrale Sachsen - Zweiganstalt Freital

Unter Dresden - Frau 36 und Obere Dresden Straße 13

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche

Hochachtungsvoll

Zuchthold und Frau

Achtung! Radeberg!

Zuchtholds

Restaurant u. Café

empfiehlt seine Lokali

täten sowie Vereinszim

merungen und Sitzungen

Gute Biere; Gute Küche